Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 3

Artikel: Die Alchemie der internationalen Finanzbeziehungen
Autor: Bosshard, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143964

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Bosshard

Die Alchemie der internationalen Finanzbeziehungen

Peter Bosshard, Sekretär der Erklärung von Bern/deutsche Schweiz, hat eine ausführlichere Fassung dieses Referats zum Thema «Zukunftsfähige Wirtschaft» am 15./16. September 1995 in Bern vorgetragen. Veranstalterin war die Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung (INWO), die sich an der Freiwirtschaftslehre orientiert. Der Autor vergleicht die internationalen Finanzbeziehungen mit einem Schneeballsystem, das ähnlich dem European Kings Club alte Schulden mit neuen Schulden bezahlt. Peter Bosshard hält verzinsliche Kredite grundsätzlich für verantwortbar, wenn sie produktiven Zwecken dienen. Für eine unverantwortliche Kreditvergabe an Drittweltländer müssten künftig dagegen die Gläubiger geradestehen. Der Autor schlägt neben einem Schuldenerlass ein internationales Konkursrecht vor, das Gläubiger für ihre Fahrlässigkeit bestrafen und die Grundbedürfnisse der Bevölkerung (analog dem betreibungsrechtlichen Existenzminimum für Personen und Gemeinwesen im nationalen Konkursrecht) respektieren müsste. Darüber hinaus empfiehlt er die Einführung eines globalen Ökobonus, der den nachhaltigen Umgang mit der Natur belohnen und einen Milliardentransfer vom Norden in den Süden bewirken würde. Red.

Der Traum, Gold und Geld aus dem Nichts zu gewinnen

Gold künstlich herzustellen, Geld aus Dreck zu gewinnen, ist ein alter Traum der Menschheit. Denken wir beispielsweise an das Märchen «Tischlein deck dich». «Bricklebrit!», spricht der Geselle zu seinem Esel, und dieser speit Goldstücke aus, hinten und vorn. So lesen wir es bei den Gebrüdern Grimm. Auch die *Alchemie* zieht sich seit Jahrtausenden durch die Menschheitsgeschichte. Noch 1799 kaufte das englische Parlament einer alten Frau ein Rezept zur Goldherstellung ab.

Der Glaube an die Goldherstellung ist seither ausgestorben. Die grossen Vermögen entstehen heute ohnehin weniger in den Goldminen als an der Börse. Immer noch in Mode ist die Alchemie aber in abgewandelter Form. Bei den sogenannten *Schneeballsystemen* treffen wir ebenfalls den Glauben an, Geld aus dem Nichts gewinnen zu können. Am bekanntesten ist hierzulande der European Kings Club. Auch in Rumänien baute ein Finanzzauberer vor wenigen Jahren ein gigantisches Schneeballsystem auf, das Millionen von Leuten in seinen Bann zog.

Geld entsteht nicht aus dem Nichts. Es ist offensichtlich, weshalb Schneeballsysteme nicht funktionieren können. Und es ist einfach, über die Naivität von Innerschweizer Gewerbetreibenden zu lächeln. Ich möchte aber heute die These aufstellen, dass auch die *internationalen Finanzbeziehungen* wichtige Elemente eines *Schneeballsystems* aufweisen. Von dieser Kritik werde ich Folgerungen für die Zukunft ableiten. Dabei will ich mich auch kritisch mit den Thesen auseinandersetzen, die die INWO vertritt.

Ich bin nicht der erste, der die internationalen Finanzbeziehungen mit einem Schneeballsystem vergleicht. Die US-amerikanische Ökonomin Cheryl Payer hat 1991 ein lesenswertes Büchlein über dieses Thema veröffentlicht. Und der Schweizer Journalist Werner Vontobel schrieb im Februar 1995 in der «Weltwoche» eine Glosse, in der er den Finanzmarkt ebenfalls als Kings Club bezeichnete.

Die internationalen Finanzbeziehungen als Schneeballsystem

Was macht denn ein Schneeballsystem aus? Ich möchte auf drei typische Elemente hinweisen: Will jemand beim Kings Club investieren, so stammen seine oder ihre Dividenden nicht aus der Rendite der investierten Geldmittel, sondern aus den Beiträgen von neuen Clubmitgliedern. Wenn solche neuen Einzahlungen ausbleiben, muss das System zusammenbrechen. Es lebt allein vom Vertrauen in seine Zukunft. Wer ein Schneeballsystem aufbaut, ist sich bewusst, dass das System auf *tönernen Füssen* steht. Dennoch winken kurz- und mittelfristig grosse Gewinne.

Bei der *Verschuldungspolitik* gegenüber den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas lassen sich zentrale Elemente eines Schneeballsystems nachweisen:

Die Kredite wurden seit den 60er Jahren nur zu einem geringen Teil produktiv investiert. Fachleute sprechen von einer *Dreidrittelsregel:* Rund ein Drittel der Kredite wurde produktiv angelegt, bildete also eine Basis für die zukünftige Verzinsung und Rückzahlung. Ein weiteres Drittel wurde unproduktiv ausgegeben – sei es für Rüstungsgüter oder Prestigeprojekte. Das letzte Drittel wurde zweckentfremdet und landete auf privaten Konten, in der *Kapitalflucht.* Ein solches System konnte nur funktionieren, solange die Kreditzuflüsse grösser waren als die Abflüsse für Zinsen und Rückzahlungen. Der Schuldendienst musste also (zumindest teilweise) aus neuen Krediten gespiesen werden.

Damit Schuldner ihre ausländischen Kredite verzinsen können, müssen sie die *Exporte auf dem Weltmarkt* steigern können. Woher sollten sie sonst die nötigen Devisen nehmen? Im Interesse ihrer Industrie weigern sich aber die nördlichen Gläubigerregierungen, den Schuldnerländern einen Überschuss in der Handelsbilanz zuzugestehen. (Dies galt nicht für die erdölexportierenden Länder.) Seit Jahrzehnten verhängen sie Handelsschranken, erzwingen «freiwillige» Exportbeschränkungen, lassen die Rohstoffpreise in den Keller sausen. Gleichzeitig ermöglichten sie eine fortlaufende Zahlung des Schuldendienstes, indem sie bis 1982 neue Kredite erteilten. Wer auf diese Weise Kredite erteilt, ohne dass die Schuldner den Schuldendienst erwirtschaften können, glaubt an die Alchemie. Er betreibt ein Schneeballsystem, das über kurz oder lang zusammenbrechen muss.

Das Verschuldungskarussell im historischen Rückblick

Dies ist nicht abstrakte Theorie. Die Bankiervereinigung der USA warnte bereits 1969: «Sogar wenn internationale Kredite zu kommerziellen Bedingungen vergeben werden, gehen sie gerne verloren, wenn sie nicht durch zusätzliche Kredite zurückbezahlt werden.» Ohne die munter sprudelnden Zuflüsse wären viele Kredite tatsächlich schon während der 60er Jahre verlorengegangen. 1965 bis 1967 entsprach der *Schuldendienst Lateinamerikas* bereits 87 Prozent der neuen Kredite in dieser Zeit. Ein offizieller Bericht über die Verschuldungsproblematik an den US-Präsidenten warnte damals: «Viele Länder müssen neue Kredite aufnehmen, um die Devisen zu erhalten, welche sie für die Zins- und Amortisationszahlungen für die alten Kredite benötigen.» Innert zwölf Jahren kam es bereits zu 21 Umschuldungen, weil die Schuldnerregierungen sonst zahlungsunfähig geworden wären. 1970 erteilte der Internationale Währungsfonds den Philippinen einen Kredit mit dem offiziellen Zweck, «den Fälligkeiten der ausländischen Verschuldung nachzukommen».

In den 70er Jahren beschleunigte sich das Verschuldungskarussell massiv. Während einiger Jahre stabilisierte sich die Verschuldungspyramide scheinbar – dank der neuen Kreditflüsse. Als erste Regierung wurde 1976 das Mobutu-Regime von Zaire erneut zahlungsunfähig. Als Reaktion erteilten ihm die Banken einen neuen Kredit, der exakt dem fälligen Schuldendienst entsprach. So konnten sie die *Fiktion der Zahlungsfähigkeit* aufrechterhalten. Der IWF installierte 1978 einen eigenen Vertreter in

der Zentralbank des Mobutu-Regimes. 1981 berichtete dieser frustriert: «Es gibt keine Chance, ich wiederhole: keine Chance, dass die zahlreichen Gläubiger Zaires ihre Kredite je zurückerhalten.» Trotz dieser Warnung vergab der IWF wenige Monate später den grössten Kredit an Zaire, den ein afrikanischer Staat je erhalten hatte. Verschiedenen Regierungen – beispielsweise in Indien, Tansania oder Thailand – empfahl auch die Weltbank, sich aktiver zu verschulden.

Zu Beginn der 80er Jahre begannen sich die *Krisenzeichen* zu verdichten. Die Banken vergaben immer kurzfristigere Kredite, um möglichst rasch vom Verschuldungskarussell abspringen zu können. Aber noch im Juni 1981 verkündete die US-amerikanische Citybank, dass die Banken ihre Kredite nach Lateinamerika problemlos verdreifachen könnten. Es gebe «kein allgemeines Schuldenproblem der Entwicklungsländer», bestätigte die Weltbank im gleichen Jahr. Unmittelbar vor Ausbruch der Krise sagte sie voraus, dass die Schuldenpyramide problemlos weiterwachsen könne. Die Schuldner würden bis 1989 jährlich 90 bis 115 Milliarden Dollar an kommerziellen Krediten erhalten. Statt dessen waren es sechs- bis achtmal weniger. Müssen wir den Fachleuten der Citybank und der Weltbank Dummheit vorwerfen? Ich glaube nein: Der *Zweckoptimismus*, der in ihren Prognosen zum Ausdruck kam, hatte System. Wenn ein Schneeballsystem ins Wanken gerät, muss Vertrauen ausgestrahlt werden, muss der Zufluss an neuen Krediten ermuntert werden. Die Prognosen der Bankiers erinnern an die Durchhalteparolen des Kings Club vor dem Zusammenbruch.

Die Verschuldungskrise brach 1982 mit der *Zahlungsunfähigkeit Mexikos* offen aus. Als Grund führen offizielle Stimmen gerne die *Ölpreisentwicklung* an. Der Preisschock von 1974 habe das Verschuldungskarussell so richtig in Gang gebracht; der zweite Preisschock von 1979 habe die Schuldenlast für viele Länder untragbar gemacht. Diese Begründung ist bequem. Sie macht die Verschuldungskrise zu einem Betriebsunfall. Die Ursache für die Krise liegt damit nicht im Modell selbst begründet, sondern in äusseren Faktoren, die nicht voraussehbar waren. Allein: Die bequeme Begründung trifft nicht zu. Zum einen erlebte die Kreditvergabe ihre Höhepunkte 1972/73 und 1976–78 – gerade vor den Ölpreissteigerungen. Zum zweiten produzierten (ausser Brasilien) die meisten grossen Schuldnerländer selbst Erdöl und profitierten damit von den Preiserhöhungen. (Mexiko, Indonesien, Nigeria, Venezuela oder Algerien sind wichtige Beispiele.) Wir können das Scheitern des Verschuldungsmodells also nicht der OPEC anlasten.

Der unmittelbare Grund für den Ausbruch der Krise war die *Hochzinspolitik*, die wichtige nördliche Regierungen seit Beginn der 80er Jahre verfolgten. Sie erschwerte die Zinslast der verschuldeten Länder; sie machte es für die Gläubiger zugleich attraktiver, ihr Geld im Norden statt im Süden anzulegen. Als erstes Land meldete Mexiko seine Zahlungsunfähigkeit an. Dies löste eine Kettenreaktion aus, indem die Banken ihre weitere Kreditvergabe sofort stark einschränkten. Die nördlichen Regierungen mussten ihre Banken mit Sanktionsdrohungen förmlich zwingen, weiterhin ein Minimum an Krediten zu vergeben. Sonst wäre das Kartenhaus der Verschuldung abrupt eingestürzt.

Die Zinshausse war das auslösende Element der Krise. Die *tieferliegende Ursache* war *systembedingt*. Das Ausbleiben der neuen Kredite hätte nicht zur Krise geführt, wenn die Verschuldung eine entsprechende wirtschaftliche Substanz geschaffen hätte. Doch die Verschuldungspyramide war weitgehend auf Sand gebaut. Ein Rückgang der Neukredite musste zur Krise führen, hätte auch in den 60er und 70er Jahren bereits eine Krise ausgelöst. Natürlich kann die Verantwortung für diese Situation individualistisch-moralisierend den einzelnen Schuldnerregierungen zugeschoben werden. Diese verwendeten viele Kredite unproduktiv, steckten sie in Investitionsruinen, Rüstungsausgaben und private Schatullen. Als Gegenbeispiel wird gerne erwähnt, dass es *Südkorea* gelang, mit einer

phänomenalen Exportsteigerung aus der Schuldenlast herauszuwachsen.

Tatsächlich entfällt ein wichtiger Teil der *Verantwortung* auf die *Schuldnerregierungen.* Wir haben keinen Anlass, die oftmals undemokratischen und korrupten Regime, die während der 70er und 80er Jahre die Schuldenberge auftürmten, gegen Kritik zu verteidigen. Doch die Kritik – so berechtigt sie ist – greift zu kurz. Sie übersieht nämlich die systembedingte Ursache der Verschuldungskrise. Einmal abgesehen von den sozialen Kosten: Wohin hätten denn zwanzig andere Schuldnerländer wie Südkorea ihre Güter exportieren sollen? Schon Taiwan, Hongkong und Südkorea allein lösten aggressive *protektionistische Gegenmassnahmen* aus. Andere Länder steigerten in den 80er Jahren die Rohstoffproduktion enorm. Mit ihren Exporten übersättigten sie die Märkte, lösten bei vielen Produkten einen Preissturz aus. An der einfachen Grundregel führt kein Weg vorbei: Gläubigerländer können nur insofern seriös Kredit erteilen, als sie bereit sind, beim Aussenhandel mit den Schuldnerländern ein Defizit in Kauf zu nehmen. Und dies ist seit den 60er Jahren nicht der Fall.

Seit den 90er Jahren haben *private Investitionen,* die vor allem an die Börsen der sogenannten Schwellenländer fliessen, die ohnehin spärlichen Kredite in den Schatten gestellt. Das Grundproblem der internationalen Finanzbeziehungen verändert sich dadurch aber nicht. Erneut wiederspiegeln die teilweise *phantastischen Kursgewinne* der Aktien nur zum geringsten Teil einen entsprechenden wirtschaftlichen Substanzgewinn. Die Gewinne speisen sich hauptsächlich aus dem Kapital der nachfolgenden Anleger. Der Wirtschaftsjournalist Werner Vontobel analysierte dieses Phänomen zu Recht als *neue Form des Schneeballsystems.*

Behandlung der Altlasten

Die nördlichen Gläubiger tragen die gleiche Verantwortung für die Verschuldungskrise wie die Regierungen des Südens. Doch wer bezahlt die Zeche dafür? Im Süden sind es hauptsächlich die *armen Bevölkerungsmehrheiten.* Als Reaktion auf ihre Überschuldung müssen die Schuldnerländer bekanntlich die Exporte auf Kosten der Selbstversorgung forcieren, den Schuldendienst auf Kosten des Konsums und der Investitionen. Gleichzeitig führen die Anpassungsprogramme immer wieder zu einer Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Reichen. Zahlreiche Berichte und Studien haben dies belegt.

Innerhalb der Gläubigerländer können die Banken die Kosten der Krise weitgehend auf die *Steuerzahlenden* abwälzen. In den 80er Jahren sprangen nämlich öffentliche Institutionen teilweise in die Lücke, die die Banken hinterliessen. Um den Kollaps des Finanzsystems zu verhindern, refinanzierten sie den Schuldendienst mit eigenen Krediten und der Entwicklungszusammenarbeit. Die Folge: 1992 erhielten die Banken von ihren südlichen Schuldnern 69 Prozent des fälligen Schuldendienstes, die Regierungen nur 14 Prozent. So werden private Verluste sozialisiert. Wer Bankdividenden bezieht, darf sich bei den Steuerzahlenden bedanken.

Die Kosten der Verschuldungskrise sollten diejenigen übernehmen, die dafür die *Verantwortung* tragen. Dies ist ein grundlegendes Gebot der Gerechtigkeit. Bisher wird es nicht erfüllt. Die Hauptlast der Krise tragen insbesondere Frauen und Kinder in den Schuldnerländern – allgemein die sozialen Gruppen, die am wenigsten Macht besitzen. Sie sind nicht verantwortlich für die Misswirtschaft der vergangenen Jahre. Sie haben die Regierungen, die die Kredite aufnahmen, in den meisten Fällen gar nie gewählt. (Das Zeitalter der aktivsten Kreditvergabe war bekanntlich die hohe Zeit der Diktaturen.) Den geringsten Preis für die Verschuldungskrise bezahlten bisher die mitverantwortlichen Gläubiger: Vor allem die internationalen Finanzinstitutionen, die sich bisher nie an Schuldenerlassen beteiligten. Und die Banken, die dank hohen Risikoprämien die Schulden längst abschreiben konnten.

Durch *umfassende Schuldenstreichungen* müssen künftig die Gläubiger ihren

Teil der Verantwortung ebenfalls übernehmen. Die bisherigen Zins- und Schuldenreduktionen haben nicht verhindert, dass weiterhin ein gigantischer Kapitaltransfer von den Schuldner- zu den Gläubigerländern stattfindet. (Seit 1987 waren es unter dem Strich 224 Milliarden Dollar oder drei Marshall-Pläne zum heutigen Geldwert.) Ich bin mir bewusst, dass sich bei Schuldenstreichungen zahlreiche konkrete Fragen stellen:

Sollen solche Aktionen mit entwicklungspolitischen Bedingungen verknüpft werden? Wenn ja, wer definiert diese und setzt sie durch? Sollen Auslandschulden gar in Gegenwertfonds für nationale Entwicklungsprogramme umgewandelt werden? Wie können auch die privaten Banken zur Rechenschaft gezogen werden? All diese Fragen sind komplex und berechtigt. Wir können sie aber erst diskutieren, wenn wir uns zuvor auf die grundsätzliche Berechtigung von umfassenden Schuldenstreichungen geeinigt haben.

Abschaffung des Zinses?

Wer Weichen für die Zukunft stellen will, muss sich mit den angesammelten Altlasten auseinandersetzen. Schuldenstreichungen bilden eine Möglichkeit, um mit den Altlasten des globalen Kings Club aufzuräumen. Doch nicht mehr als das. Sie stellen keine Weichen in die Zukunft. Sie verhindern nicht, dass zukünftig erneut ein Schneeballsystem entstehen kann. Wir erleben gegenwärtig nicht die erste Verschuldungskrise in der Geschichte der Weltwirtschaft. Soll es immer so weiter gehen? Wie könnten *zukunftsfähige* internationale Finanzbeziehungen aussehen?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage gibt die *Freiwirtschaftslehre*. Im Zentrum dieser Lehre steht die Abschaffung des Zinses, der eine ständige Reichtumsverlagerung von den Arbeitseinkommen zu den Kapitalbesitzenden und einen steten Wachstumszwang bewirkt. Was schlägt die Freiwirtschaftslehre für die Zukunft der internationalen Finanzbeziehungen vor? Ich erlaube mir, einige Aussagen aus einer Broschüre zu zitieren, die von der INWO Schweiz kürzlich herausgegeben wurde:

«Das Schuldenproblem ist von der Geld- und Zinsseite her anzugehen... Die Schulden dürfen nicht mehr durch Zinsen anwachsen... Allfällige Zahlungen von Schuldnerländern ... sind als Amortisation, d.h. als Abzahlung der Schuld, zu verbuchen... Der Einsatz von Spendengeldern hat in Form von Revolving-Fonds zu geschehen... Der Revolving-Fonds gewährt ... zinslose Darlehen. Diese werden bei Rückzahlung laufend für neue Projekte eingesetzt.»

Das grosse Verdienst der Freiwirtschaftslehre liegt darin, dass sie den Zusammenhang zwischen dem Zins und dem *Wachstumszwang* hervorgehoben hat – einem Wachstumszwang, der in einer Welt der beschränkten Ressourcen langfristig nicht nachhaltig sein kann. Dies überzeugt mich. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Was mich nicht überzeugt, ist die These, dass der Zins die primäre Triebfeder für die Konzentration des Reichtums und die Zerstörung der Natur bildet. Die Freiwirtschaftslehre erbringt in meinen Augen keinen Nachweis, dass diese *Ausbeutung* nicht *auch ohne Zins* stattfinden könnte.

Statt grosser wirtschaftstheoretischer Ausführungen hierzu zwei *Beobachtungen:* Wir kennen in der Schweiz Firmen, deren Projekte auf Kreditbasis finanziert werden (wie ABB). Wir kennen Firmen, die Konsumgüter herstellen und für ihre Tätigkeit keine Kreditfinanzierung benötigen (wie Nestlé). Und wir kennen grosse Firmen, die ganz im Familienbesitz sind und nicht einmal Dividenden bezahlen müssen (wie der Getreidemulti André). Die Art der Finanzierung hat meines Erachtens keinen Einfluss auf die Geschäfte der verschiedenen Firmen. Natürlich bewegen sich heute alle Firmen in einem Zinssystem. Aber mir leuchtet nicht ein, weshalb sie auf eine mögliche Rendite, auf den Raubbau an der Natur und auf soziale Ungerechtigkeiten verzichten würden, wenn der Zins wegfiele.

Ein zweites Beispiel liefert die *Weltbank*. Diese ist in zwei separate Abteilungen auf-

geteilt: Die IBRD vergibt Kredite mit kommerziellen Zinssätzen an staatliche Institutionen. Die IDA vergibt zinslose Darlehen, ebenfalls an staatliche Institutionen in den ärmsten Ländern. Die Rückzahlungen werden für weitere Ausleihungen benützt. Die IDA bildet also einen Revolving Fonds, wie ihn die INWO Schweiz 1994 vorgeschlagen hat. Bloss gibt es zwischen ihren Projekten und denjenigen der IBRD keinerlei Unterschiede. Die umstrittensten Weltbankprojekte der vergangenen Jahre wurden beispielsweise durch IDA-Gelder finanziert. Beim *Narmada-Projekt* in Indien sollen mehr als 200 000 Menschen einem Stausee und einem gigantischen Bewässerungsnetz weichen. An die Stelle der traditionellen Selbstversorgung sollen Zucker- und andere Plantagen für den Export treten. Dabei wurde Narmada durch ein *zinsloses Darlehen* finanziert! Auch ohne Zins haben die Grossgrundbesitzer, die in dieser Region die politische Elite stellen, offenbar ein Interesse an diesem zerstörerischen Projekt. Sie hätten dieses Interesse, selbst wenn sie vom internationalen Finanzsystem abgekoppelt wären. Neben dem Zinsdruck gibt es also auch andere Mechanismen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Für ein internationales Konkursrecht

Was ist denn die Alternative zur Abschaffung des Zinses? Gibt es einen Mittelweg? Einige Elemente einer solchen Alternative möchte ich abschliessend skizzieren. Sie sind machbar und könnten in wenigen Jahren durchgeführt werden:

– Grundsätzlich finde ich es sinnvoll, für *produktive Investitionen* in Afrika, Asien oder Lateinamerika auch *ausländische Kredite* aufzunehmen bzw. solche Kredite zu erteilen. Ich bin mir bewusst, dass jeder ausländische Kredit ein wirtschaftliches Wachstum und eine Integration in den Weltmarkt bedingt. Beides finde ich vertretbar. Es ist mir klar, dass wir aus ökologischen Gründen die Grenzen des Ressourcenverbrauchs erreicht oder überschritten haben. Doch für die Verschwendung der Ressourcen sind wir im Norden (zusammen mit den schmalen Eliten im Süden) verantwortlich. Wir können nicht von den Gesellschaften des Südens pauschal verlangen, auf ein weiteres Wirtschaftswachstum zu verzichten. Es liegt an den nördlichen Gesellschaften, ihren Überkonsum so einzuschränken, dass ein gewisses Wachstum im Süden weiterhin möglich ist.

Auch eine pauschale *Abkoppelung vom Weltmarkt* kann ich heute nicht befürworten. Die Selbstversorgung ist denkbar für lokale ländliche Gemeinschaften. Doch wie sollen Länder, die heute alle mehr oder weniger industrialisiert und urbanisiert sind, allein aufgrund ihrer eigenen Ressourcen existieren? Für eine Abkoppelung ist nicht zufällig in keinem Land eine breite soziale Basis erkennbar. Damit spreche ich mich nicht für eine bedenkenlose Integration in den Weltmarkt aus. Der allgemeine Freihandel ist kein Rezept für eine erfolgreiche und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Der Welthandel ist längerfristig nur vertretbar, wenn die Produktion und der Transport der Güter ökologisch und sozial verträglich sind. Diese Bedingung gilt offensichtlich für die Länder des Nordens wie des Südens. Sie setzt den Projekten, für die eine Kreditaufnahme sinnvoll ist, enge Grenzen.

– Ich habe grundsätzlich die Aufnahme von Krediten für produktive Projekte befürwortet. Das ist nicht sehr originell. Die Frage stellt sich natürlich, wie die produktiven von den unproduktiven Projekten unterschieden werden können. Ich denke, dass hier die *Gläubiger zur Rechenschaft* gezogen werden müssen. Bisher liegt das Risiko für das Scheitern von Projekten einseitig bei den Schuldnern. Wenn private Schuldner zahlungsunfähig werden, bleiben ihre Auslandschulden in der Regel an den Regierungen hängen. Dieser Umstand belohnt die Fahrlässigkeit der Gläubiger. Diese brauchen sich nicht um den Sinn der finanzierten Projekte zu kümmern. Selbst wenn offensichtliche Schneeballsysteme aufgebaut werden, bezahlen am Schluss die Schuldner die Zeche.

In einem zukunftsfähigen Finanzsystem muss die *Rückzahlungspflicht* durch zwei Faktoren *begrenzt* werden: Erstens durch die *Fahrlässigkeit der Gläubiger* bei der Kreditvergabe und zweitens durch die *Grundbedürfnisse* der Bevölkerung. Fachleute wie der Österreicher *Kunibert Raffer* haben konkrete Vorschläge für ein internationales Konkursrecht ausgearbeitet. Ein solches würde die Stellung der Schuldner aufwerten. Es würde die Gläubiger davon abhalten, leichtsinnige Kredite zu vergeben. Zudem müsste der Schuldendienst seine Grenze finden, wo die Grundbedürfnisse der Bevölkerung beginnen. In der Schweiz ist dies grundsätzlich der Fall. Ich zitiere das Gesetz über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden: «Die Vermögenswerte eines Gemeinwesens, die unmittelbar der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben dienen», heisst es darin, «können weder gepfändet noch verwertet werden.» Eine solche Regelung müsste auch international gelten.

Eine Aufwertung der Schuldnerposition hätte allerdings ihren Preis. Die Banken würden die *Risikoprämien* von ausländischen Krediten erhöhen – und damit die Zinsen. Wenn die Gläubiger das Risiko ihrer Kredite wirklich tragen, ist dies gerechtfertigt. Zudem würde die Kreditvergabe an zahlreiche Länder zurückgehen. Auch das finde ich sinnvoll, denn die Kredite würden dafür produktiver verwendet. Eine *selektive Vergabe,* eine zurückhaltende Aufnahme von Krediten ist gegenwärtig nicht populär. Sie widerspricht dem vorherrschenden Dogma einer möglichst starken Integration in den Weltmarkt. Doch die bedenkenlose Verschuldung hat die massiven Kapitalabflüsse hervorgerufen, die heute so grosse wirtschaftliche Probleme und soziales Elend verursachen. Diese Erfahrung brauchen wir nicht zu wiederholen.

– Pierre Fornallaz und andere Fachleute weisen auf die Notwendigkeit hin, eine *Kreislaufwirtschaft* zu schaffen. Dazu müssen alle Kosten eines Produkts in seinem Preis erfasst werden. Der *Ökobonus* bildet eine Möglichkeit, ein solches System zu fördern. Eine *globale Lenkungsabgabe* auf nicht-erneuerbaren Energiequellen hätte wichtige Auswirkungen auf das internationale Finanzsystem. Nehmen wir an, der Erdölpreis würde verdoppelt, und der Ökobonus würde auf die ganze Weltbevölkerung verteilt. Dies ergäbe einen Betrag von 210 Dollar pro Kopf. Aufgrund ihres Energieverbrauchs müssten die Industrieländer unter dem Strich rund 570 Milliarden Dollar bezahlen; den Ländern des Südens käme dieser Betrag zugute.

Ein Ökobonus würde den *Welthandel verringern.* Gleichzeitig würde er die heutige Entwicklungszusammenarbeit verzehnfachen. (Ich verdanke diese Berechnung Igor Marincek vom Bundesamt für Landwirtschaft.) Die neuen Finanzflüsse müssten offensichtlich nicht mehr verzinst werden. Die Empfängerländer würden vom Druck entlastet, Kredite aufzunehmen und die Natur auszubeuten. Eine Kreislaufwirtschaft könnte zudem den Druck auf die Industrieländer reduzieren, ihre Probleme auf Kosten des Südens zu lösen. Sie würde allerdings massive wirtschaftliche Umstrukturierungen und eine soziale Umverteilung innerhalb des Nordens bedingen.

Korrigendum

Im Nachruf für Margrit Besmer Kobe (Februarheft 1996, S. 63ff.) ist zu korrigieren, dass Sébastian Hoyos nicht Mord, sondern Mitbeteiligung am Milliardenraub vom März 1990 in einer Genfer Filiale der SBG vorgeworfen wurde.